

Ennetbürgen, 6. November 2025

Medienmitteilung

SVP Nidwalden lehnt drei Volksinitiativen klar ab

An ihrer Parolenfassung vom 6. November 2025 in der Schützenstube Herdern in Ennetbürgen hat die SVP Nidwalden die drei Volksinitiativen für den 30. November beraten und klar abgelehnt. Die Partei kritisiert die Vorlagen als ideologisch, übergriffig und realitätsfern. Besonders deutlich fiel die Kritik an der Initiative „Verwaltungsratsmandate regeln“ sowie an der JUSO-Initiative aus.

Initiative „Verwaltungsratsmandate regeln“ – Misstrauen statt Milizkultur

Landrat Alexander Huser (Grüne) stellte die Initiative mit dem Ziel vor, „Interessenkonflikte systematisch zu verhindern und das Vertrauen in die Politik zu stärken“. Die SVP Nidwalden sieht darin jedoch keinen Beitrag zur politischen Kultur, sondern einen Generalverdacht gegenüber engagierten Milizpolitikerinnen und -politikern. Landrat Roland Blättler (SVP) kritisiert: „Diese Initiative gibt vor, Vertrauen zu schaffen. Aber sie beginnt mit dem Misstrauen in die Fähigkeit der Regierung, Verwaltungsratsmandate beurteilen zu können.“

Die SVP Nidwalden betont, dass bestehende Offenlegungspflichten ausreichen, um Transparenz zu gewährleisten. Wer ein 80 %-Pensum erfüllt, darf gesetzlich 20 % extern tätig sein – das ist kein Missbrauch, sondern Ausdruck eines funktionierenden Milizsystems. Verwaltungsratsmandate fördern den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und öffentlicher Hand. Ein generelles Verbot würde diesen Austausch kappen und das Vertrauen in die Eigenverantwortung untergraben.

JUSO-Initiative – Ideologie statt Klimaschutz

Zur Vorstellung der JUSO-Initiative erschien niemand. Die Initianten blieben der Versammlung fern – ein bezeichnendes Zeichen für die Substanz der Vorlage. Dafür analysierte Damien Dubreuil von der Jungen SVP die Initiative pointiert: „Diese Initiative hat mit Klimaschutz nichts zu tun. Sie ist ein ideologischer Angriff auf Eigentum und Unternehmertum – getarnt als Umweltpolitik.“

Die Forderung nach einer 50 % Erbschaftssteuer ab 50 Mio. CHF ist aus Sicht der SVP Nidwalden verfassungswidrig und wirtschaftsfeindlich. Die Initiative greift rückwirkend, ohne Schutz für Familienbetriebe, mit Zweckbindung und Substanzbesteuerung. Sie schürt Neid, gefährdet die Stabilität und leistet keinen echten Beitrag zum Klimaschutz. Die SVP Nidwalden lehnt diese Form der Umverteilungspolitik einstimmig ab.

Service-citoyen-Initiative – Pflichtmodell mit Schlupflöchern

Reto Weiss vom Initiativkomitee präsentierte die Idee eines neuen Bürgerdienstes. Die SVP Nidwalden anerkennt das Anliegen, kritisiert jedoch die Umsetzung als unausgereift und widersprüchlich. Patrick Burkhard, Vizepräsident der SVP Nidwalden, erklärt: „Was als Gleichstellung im Wehrdienst verkauft wird, ist in Wahrheit ein bürokratisches Konstrukt mit Ausweichoption. Statt klarer Regeln entsteht ein Flickenteppich aus Pflicht, Zahlung und Ausnahme.“

Die Initiative schafft kein echtes Pflichtbewusstsein, sondern ein komplexes System mit unklarer Wirkung. Die SVP Nidwalden setzt stattdessen auf bewährte Milizstrukturen und echte Eigenverantwortung.

Die SVP Nidwalden bekräftigt ihr Engagement für Eigenverantwortung, unternehmerische Freiheit und eine schlanke, bürgernahe Politik. Deshalb: 3 x Nein am 30. September.



Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Roland Blättler
Landrat SVP Stansstad
Kantonal-Präsident SVP Nidwalden

Mobile: +41 789 141 539
Mail: roland.blaettler@svp-nw.ch
Web: www.svp-nw.ch